

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 2 (1888)

138 (21.11.1888)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-190989](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-190989)

Norddeutsches Volksblatt.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,
für Politik und Unterhaltung.

Abonnement:
bei Vorauszahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . 1 Mk. 50 Pf.
für 2 Monate . . 1 „ „
für 1 Monat . . „ 50 „
incl. Postbestellgeld.

Expedition: Vant-Wilhelmshaven, Adolfstraße Nr. 1.

Erstirnt
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
die viergespaltene Zeile 10 Pf.
bei Wiederholungen Rabatt.

Die Abänderung des Alters- und Invalidenversorgungs- Gesetzentwurfs.

F. Z. Der Bundesrath hat an dem Gesetzentwurf, betr. die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter, bei der zweiten Lesung wesentliche Änderungen in der Bemessung der Renten vorgenommen und dieselben bei der dritten Lesung beibehalten, sodas der Entwurf in der nunmehr übersehbaren Gestalt an den Reichstag gelangt. Mit den Lobpreisungen der Oeffizien, das die Verfasser der Grundzüge u. s. w. schon das denkbar Beste und Trefflichste für die Altersversorgung der Arbeiter eronnen hätten, ist es also wieder einmal Nichts gewesen. Die Bundes-Regierungen haben sich unter dem Drucke der öffentlichen Opposition zu einem sehr wesentlichen Zugeständniß bequemen müssen.

Dem ein prinzipielles Zugeständniß muß es zunächst genannt werden, so viel an ihm in der Folge auch noch auszuheben sein wird, daß man eine Abtufung der Renten an Stelle der früheren, beinahe militärischen Uniformität derselben gesetzt hat, wie bereits in unserer Freitagsonummer des Näheren zu lesen war.

Früher sollte die Invalidenrente für männliche Personen M. 120 betragen und vom Ablauf der in fünf Beitragsjahren bestehenden Wartezeit ab mit jedem vollendeten Kalenderjahre in den nachfolgenden fünfzehn Jahren um die Fünftelsumme von M. 2, in den dann folgenden zwanzig Kalenderjahren um M. 3, von da ab um M. 4 jährlich bis zum Höchstbetrage von jährlich M. 250 steigen. Die Altersrente war mit M. 120 jährlich ausgeworfen. Ihr Bezug begann mit dem ersten Tage des vollendeten 71. Lebensjahres. Sie steigerte sich überhaupt nicht. Man sieht, die ganze frühere Rentenbemessung hatte etwas Fierliches und Schematisches, was in den Verhältnissen des deutschen Arbeiters Gott sei Dank doch noch nicht begründet war. Wenn auch die Verdienste vieler Lohnarbeiter leider recht niedrig und unzureichend genannt werden müssen — so weit sind wir in Deutschland doch noch nicht gekommen, daß es nicht tüchtige Leute gäbe, die in manchen gewinnreichen Industriezweigen es zu Köhnen bringen, welche noch immer eine Lebenshaltung erlauben, auf die eine Abtufung mit M. 120—250 im Falle der Invalidität der reine Hohn wäre. Solche besser gestellte Arbeiter würden nach dem alten Entwurf in ihrer ganzen Lebenslage durch die uniforme Rente herabgedrückt auf das Niveau des gewöhnlichen Tagelöhners.

Dies hat der Bundesrath eingesehen. Er hat an die Stelle obiger Bestimmungen andere gesetzt, nach welchen sämtliche Oerkschaften des Deutschen Reichs nach der Höhe des für sie festgesetzten ortsüblichen Tagelohns der gewöhnlichen erwachsenen männlichen Tagelöhner in fünf Oerkschaften, ähnlich den Serviceklassen, eingetheilt werden. Die erste soll diejenigen Oerkschaften umfassen, wo der Jahreslohn M. 300 beträgt, die zweite die Oerkschaften mit M. 400, die dritte, vierte und fünfte diejenigen mit M. 500, 600 bezw. 700. Die Renten — und zwar abweichend von früher sowohl Invaliden- als Altersrenten — werden in Theilbeträgen des Jahreslohnes derjenigen Oerkschaften berechnet, worin die Versicherungsbeiträge für den Empfangsberechtigten entrichtet werden. Da haben wir also die von den unabhängigen Parteien prinzipiell verlangte procentuale Bemessung der Renten, die bekanntlich mit großem Nachdruck auch von einem so konservativen Sozialpolitiker, wie es der Exminister Schaffle ist, gefordert wurde, ohne daß die maßgebende governementale Presse es jemals der Mühe für werth erachtet hätte, seinen Ausführungen Raum zu geben. Schaffle hat noch vor Kurzem ausgeführt, selbst der frühere Maximalatz von M. 250 bei der Invalidenrente erscheine „fast als ein Hohn auf das Versorgungsbedürfnis jener Elite gelehrter Arbeiter, welche die Kerntruppe der Sozialdemokratie liefern und für welche man mit dem in Rede stehenden Gesetz dem Sozialdemokratismus den Wind aus den Segeln jagen wolle.“ Und noch viel bedeutsamer sei der Gewinn, daß bei procentualer Bemessung der Renten nach den Löhnen die Geldbezüge beim Sinken des Geldwerths mit den Löhnen steigen und im umgekehrten Falle sinken, also in beiden Fällen dasselbe Auskommen ermöglichen.

Wie aber in den Händen unserer Bureaukraten auch die Besse Ader verunstaltet werden kann, das zeigt sich bei näherer Betrachtung der verschiedenen Renten-Stufen, welche der Bundesrath nunmehr auf dem an sich so geordneten Prinzipie aufgebaut hat. Schaffle bemerkte in seinen Ausführungen ausdrücklich, daß er weit davon entfernt sei, eine Kürzung der früheren Minimalrente unter den Satz von M. 120 zu verlangen, etwa in der Weise, daß die am allerschlechtesten lebenden Arbeiter mit einer Rente von unter M. 100 dafür abgefunden würden, daß die quali-

fizierten über M. 250 hinaus gesteigerte Bezüge bekämen. Dem Exminister Schaffle selbst schien dieser Gedanke unsagbar — aber der Bundesrath hat das Kunststück fertig gebracht, die niedrigsten Arbeiterkategorien mit einer Rente von unter M. 100 zu bedenken! Die Invalidenrente der männlichen Personen soll nämlich jährlich vierundzwanzig Prozent des Jahreslohnes betragen, vom Ablauf der Wartezeit mit jedem vollendeten Kalenderjahre um einen weiteren Theilbetrag des Jahreslohnes steigen und zwar in dem nachfolgenden Kalenderjahre um je vier pro Mille, in den dann folgenden zwanzig Kalenderjahren um je sechs pro Mille, von da um je acht pro Mille, bis zum Höchstbetrage von jährlich fünfzig Prozent des betreffenden Jahreslohnes. Die niedrigste Invalidenrente würde in der ersten Klasse M. 72, die höchste ganze M. 150 und in der fünften Klasse M. 350 betragen. Die Altersrente für männliche Personen soll jährlich 24 Prozent des Jahreslohnes betragen, also in der ersten Klasse M. 72, in der fünften M. 168.

Es ist beinahe bewundernswürdig, wie es unsere Herren Bureaukraten fertig bringen, durch ihre Verstandlosigkeit für berechnigte Arbeiteransprüche den gesundesten sozialpolitischen Gedanken beinahe in sein Gegenteil zu verkehren. Da richteten sich von vornherein die meisten und die heftigsten Angriffe gegen die lächerliche Niedrigkeit der Minimalrenten. Unternehmervereinigungen, wie die Barmer Handelskammer und viele andere, schrieben wörtlich, sogar mit Bezug auf die frühere Maximalrente: „Zu Lebigen wollen wir dahingestellt sein lassen, ob eine Jahresrente von M. 250 überhaupt hinreicht, die Lebensbedürfnisse eines Menschen auch nur in der bescheidensten Form zu befriedigen. Unter ähnlichen Verhältnissen dürfte eine solche Frage kaum bejaht werden können, in ländlichen eher, keinesfalls reicht die Rente aus, wenn sie nur M. 120 beträgt.“ Es mußte also mit Bestimmtheit erwartet werden, daß bei richtiger Einführung der procentualen Bemessung der Renten in den Gesetzentwurf im mindesten von der Minimalrente von M. 120 ausgegangen, wenn nicht eine etwas höhere Grenze nach unten angenommen würde. Die Antwort des Bundesrathes besteht einfach darin, die „Versorgungsbezüge“ der Kerntruppen der Armen noch weit unter den früher als unzureichend bezeichneten Satz herabzudrücken. Auf M. 72, höchstens M. 150 Staatsrente jährlich hätten sich nach dem Bundesrathe die Arbeiter einzurichten, denen es schon bei gesundem Verstande verdammt war, mit M. 300 jährlich „auszukommen“. Selbst auf die Aussicht eines elenden Notopfernens von M. 120—250 haben sie zu verzichten. Das war eine Herrlichkeit, von der sie früher wohl einmal träumen durften. Jetzt ist das vorbei, wenn es nach dem Bundesrathe geht. Jetzt begreift man, was es bedeutete, daß der einflußreiche Zentralverein deutscher Großindustrieller in seinen letzten Verhandlungen über die Altersversorgung, die soeben im gedruckten Protokolle vorliegen, von einer „angeblich“ ganz unzureichenden Höhe der früheren Renten sprach und gar bemächtig durch den Mund seines Schriftführers über die „Belastung der Industrie“ durch Wohlthätigkeitsanstalten für die Arbeiter klagte. Die Herren haben sein spekulirt und gar schnelles Verständnis beim Bundesrathe gefunden. Was kann es Genialeres geben: den Arbeiterfreunden die Abtufung der Renten zuzugestehen, und dadurch zugleich die armen Großindustriellen zu entlasten — ein sozialpolitisches Gesetgebungsmittel ersten Ranges. Man komme nicht mit dem Einwand, daß ja für die unteren Arbeiterkategorien auch die Beiträge entsprechend gegen früher herabgesetzt seien. Eine „Arbeiterversorgung“, die unter die früheren, ohnedies kläglichen Minimalätze noch heruntergeht, ist überhaupt nicht diskutabel. Glaubt man den Arbeitern keinen allzugroßen Theil der Beiträge für eine anständige Versicherung auflegen zu sollen, so muß das Reich mit einem größeren Zuschusse eintreten.

Der Reichstag wird also, mehr als je zuvor, seine rudo besogne (schweren Kummer) mit dem sogenannten Alters- und Invalidenversorgungsgeetze haben, wenn es ihm vorgelegt wird, gekümmert mit der neuesten Blüthe governementaler Sozialpolitik: mit der Minimalrente von M. 72. Möge er das gesunde Prinzip der procentualen Abtufung der Renten, das ihm nunmehr als Handhabe gegeben ist, benutzen zur menschenwürdigen Gestaltung der Versorgungsbezüge; möge er ferner den völligen Anschlag der Altersversorgung an die Krankenkassen, sowie die Beseitigung der Marken und des Luitungsgebühres, lauter Dinge, welche der Bundesrath „übersehen“ hat, herbeiführen, damit unsere sozialpolitische Gesetzgebung nicht endig in der trübsen Dissonanz, welche der Bundesrath in dieselbe hineinbringen will.

Wir setzen allerdings auf die besessene Thätigkeit dieses Reichstages absolut keine Hoffnungen.

Politische Rundschau.

Vant, 20. November.

Berlin, 19. November. Als ein Zeichen der Zeit mag es betrachtet werden, daß die Bürgermeister in der „Deutschen Gemeindezeitung“ nach Uniformirung schreiben. Es ist eine von möglichst allen Bürgermeistern zu vollziehende Petition im Werke, in welcher die Regierung gebeten werden soll, einem längst gefühlten Bedürfnis abzuhelfen und den Stadthauptern, wenigstens soweit sie zugleich die Ortspolizei ausüben, möglichst geschmackvolle und zugleich Ehrfurcht einflößende Uniform zu verleihen. Schon werden die Detailfragen, ob Infanterie, ob Schlepplügel, ob Achselstücke oder Epaulettes, mit Eifer debattirt; einwetlen scheinen der Schlepplügel und die Epaulettes den Sieg davon zu tragen. — Wie wäre es mit der Einführung der alten würdigen Popprache?

— Die neue Organisation der Marinebehörden ist als abgeschlossen zu betrachten. Dieselbe hat in ihren Grundzügen, welche auf Trennung des Oberkommandos und der Verwaltung hinauslaufen, die kaiserliche Bestätigung erhalten. Die Details dürften im Nachtrageetat demnächst dem Bundesrathe zugehen.

— Der Landwirtschaftsrath von Elsaß-Lothringen hat eine Erklärung zu Gunsten der Erhöhung des Tabakzollses angenommen. Derselbe lautet: „Der Landwirtschaftsrath ist der Ansicht, daß es wünschenswerth ist und im Interesse des Tabakpflanzers liegt, das die Zölle auf ausländische Tabake bedeutend erhöht werden.“

Hannover, 17. November. Antikles Wahleresultat der Reichstagsersatzwahl im 5. Wahlkreise des Wahlbezirks Hannover: Im Ganzen wurden abgegeben 11 457 Stimmen, davon erhielt v. Arnswaldt-Wöhme, Gutsbesitzer (Welfe) 5547 Stimmen, Sattler, Staatsarchivar in Berlin (natl.) 4245 Stimmen und Droop, Viehhändler (deutschfr.) 1647 Stimmen. Es findet mithin eine Stichwahl statt.

Breslau, 16. Novbr. Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen wurden in der zweiten Abtheilung gewählt: 7 Kartell-Kandidaten, 6 Deutschfreisinnige, 1 Neutral.

Dänemark.

Kopenhagen, 15. Nov. Am Schluß der Sitzung des Folketings gab der Präsident desselben, Herr Högsbro, folgende Erklärung ab:

„Indem ich die Sitzung schlicke, will ich noch daran erinnern, daß Sr. Majestät der Königin morgen sein 25jähriges Regierungsjubiläum feiert. Es würde im hohen Grade wünschenswerth sein, wenn ich die Ehre hätte haben können, Sr. Majestät den Glückwunsch des Folketings zu überbringen. Wenn ich nichtbestimmter es unterlassen muß, die Ermächtigung des Things dazu nachzulesen, so ist der Grund der, daß die große Mehrheit der Kammer, wie stark sie auch die nach der Verfassung unverantwortliche Stellung des Königs behauptet, doch — in Uebereinstimmung mit der letzten im März 1885 hier angenommenen Adresse an Sr. Majestät den König — nicht in Wahrheit Sr. Majestät zu einer Regierungszeit Glück zu wünschen vermag, unter der sein Ministerium den Bruch der Verfassung gewagt hat, den das Thing damals abzuwenden suchte, und sich über das Recht dieses Things zu einer mitbestimmenden Theilnahme sowohl an der finanziellen als an der allgemeinen Gesetzgebung hinwegsetzte hat.“

Dadurch ist die Grundlage der freien Verfassung des Landes erschüttert, das Rechtsgefühl des Volkes verletzt und in erbittertem Gader seine Kräfte aufgerufen, welche anstatt dessen in einträchtiger, anhaltender Arbeit für das Wohl des hart geprüften Vaterlandes hätten vereinigt werden sollen. Einen so bedauernden und gefahrdrohenden Zustand kann das Thing des Königs des Landes nicht zu verhüllen wünschen, am allerwenigsten in einem für König und Volk so bedeutungsvollen Augenblick, wie es der gegenwärtige ist.

Rufen wir demnach auch auf die Theilnahme an einem feste verordneten, das unter regelmäßigen Verhältnissen alle dänischen Männer und Frauen vereinigt haben würde, so geschieht es doch in der Hoffnung, daß die Zeit nicht allzu fern sein möge, wo es Sr. Majestät dem König, dessen erhabener Beruf es ist, über den Parteien zu stehen, gelingen werde, an Stelle der Erbitterung des Kampfes Friede und Versöhnung treten zu lassen und eine wahrhafte Verständigung zwischen der Regierung und dem Reichstage zumege zu bringen.“

Die gesammte Opposition hörte dem Vortrage des Präsidenten stehend zu, während die kleine Schaar der Rechten während der Rede demonstrativ den Saal verließ.

— Aus London wird geschrieben: Der erste Jahrestag des sogenannten „blutigen Sonntags“, d. h. des von der Polizei am 6. November 1887 vereitelten Versuches, eine Volkversammlung auf Trafalgar Square abzuhalten, wurde am Sonntag im Hyde Park durch eine Versammlung von etwa 4000 Personen gefeiert. Viele der Teilnehmer an der Kundgebung trugen rote Fahnen mit Aufschriften, wie: „Erinnere Euch an Trafalgar Square!“ „Erinnere Euch an Chicago, November 1887.“ Der Sozialistenführer William Morris, der radikale Abg. Cunningham Graham und die Witwe des in Chicago hingerichteten Anarchisten Parsons hielten Ansprachen. Die angenommenen Resolutionen verdammt die Ausbeutung durch Kapitalisten, verlangten die Entlassung des Polizeichefs Warren und des Ministers des Innern, Matthews, sowie die Freilassung des wegen Beteiligung an den Kravallen auf Trafalgar Square im vorigen Jahre zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilten englischen Sozialisten Harrison. Starke Polizeimannschaften waren im Park stationiert, aber das Meeting verlief ohne Unstörung. — Ein Wunsch der Versammlung ist bekanntlich inzwischen erfüllt. Der Polizeipräsident von London, Warren, hat seine Entlassung eingereicht, und dieselbe ist, wie der Minister des Innern im Unterhause bereits mittheilte, von der Regierung angenommen worden.

— Der Oberhausauschuss zur Untersuchung des Ausbeute-Systems nahm seine Sitzungen wieder auf. Der Schuhfabrikant Salomons beklagte, daß es jetzt eine Menge sog. Schuhfabrikanten gäbe, die gar nicht selbst fabricirten, sondern die Arbeit in billigen Arbeitercontract gäben und den regulären Fabrikanten Konkurrenz machten. Hierin finde die Entschädigung des Systems ihren hauptsächlichsten Grund. Das System ließe sich überhaupt nicht ganz beseitigen, da die Konkurrenz des Auslandes zu groß sei.

In Irland ist schon wieder ein Agrarwort verübt worden. Das Opfer ist ein Mann Namens Jeremiah Lynch, der in Kilbarrny, unweit Dunmanway, Grafschaft Cork, einen Pachthof hütete, dessen früherer Pächter ermittelt worden war. Lynch wurde etwa eine halbe Meile von seiner Farm erschossen aufgefunden.

Frankreich.

Paris, 15. November. Der Pariser Gemeinderath genehmigte in seiner gestrigen Sitzung fast einstimmig folgenden Resolutionsentwurf: „Der Jahrestag des Decemberkaiserthums hat niemals aufgehört, in den republikanischen Gewissen allgemeine Mißbilligung zu wecken. Dieser Protest des Rechts gegen die Gewalt, der Freiheit gegen die persönliche Macht drängt sich unter den heutigen Umständen mehr denn je auf als eine pietätvolle Erinnerung und ein edles Beispiel. Der Pariser Gemeinderath, ein treuer Dolmetsch der Gesinnung der Pariser Demokratie, wendet sich an alle Republikaner mit der Aufforderung, an dem Grabe Vaudin's zu versammelten, daß das Verbrechen sich nicht verjährt und daß die Attentate gegen die Republik und die nationale Souveränität ihre Sühne und ihre Abschüttung in sich tragen. Zu diesem Behufe beschließt der Gemeinderath, sich Sonntag, 2. Dezember, um 2 Uhr Nachmittags, in corpore nach dem Friedhofe Montmartre zu verfügen, um einen Kranz auf das Grab des heldenmüthigen Verteidigers der Republik niederzulegen, und er ladet das republikanische Pariser Volk ein, sich ihm in stiller Sammlung anzuschließen und seine unerlöschliche Anhänglichkeit an das Recht, die Freiheit und die Republik zu bezeugen.“ Die Redaktionen der Pariser Presse unterstützen diesen Vorschlag, indem sie daran erinnern, daß unter dem Kaiserreich die schwersten Hiebe gegen den Cäsarismus vom Friedhofe Montmartre kamen.

— Der sogenannte Ruma-Gilly-Prozess in Nimes ist resultatlos verlaufen. Als der Gerichtshof die Vernehmung einer großen Anzahl Zeugen ablehnte, durch deren Aussagen ein kleiner parlamentarischer Skandal aufgedeckt worden wäre, zog Andreux seine Klage zurück. (Ruma-Gilly, Maire von Nimes, hatte bekanntlich behauptet, daß unter den 33 Mitgliedern des Budgetausschusses sich ca. 20 Wilsons befänden.)

Amerika.

In Chicago hielten die Anarchisten am Gedenktage der Hinrichtung ihrer Oeffenen eine Volkversammlung außerhalb der Stadt ab, an welcher etwa 5000 Personen Theil nahmen. Die Reden waren jedoch außerordentlich jähm und die Ordnung wurde nicht gestört. Es wurde ein Brief von Parsons verlesen, welchen derselbe am Vorabend seiner Hinrichtung an seine Kinder gerichtet hatte. Er forderte sie darin auf, ein fleißiges und nüpfernes Leben zu führen, während anarchistische Ermahnungen gänzlich fehlten. Nach an anderen Orten der Stadt wurde der Tag durch Versammlungen gefeiert, doch fiel nichts Bemerkenswerthes bei denselben vor.

Zur Geschichte der politischen Polizei in der Schweiz.

Das berühmte Zirkular des schweizerischen Bundesraths, datirt den 11. Mai 1888 und veröffentlicht im schweizerischen „Sozialdemokrat“ zu Bern, ist unseren Lesern dem Inhalt nach bekannt, ebenso wie die interessante Vorgeschichte dieses Erlasses, und welche es hervorgerufen hat.

Heute ist das „Berl. Volkst.“ in der Lage, das „Programm resp. die Instruktion“ zu veröffentlichen, welche die Regierung des Kantons Aargau auf Grund jenes bundesrätlichen Zirkulars an ihre Polizeibehörden (ihre „Polizeiorgane“) erlassen hat, und welches den handgreiflichen Beweis liefert, daß das Zirkular durchaus nicht so harmlos und platonisch gemeint war, wie die Herren Bundesräthe gegenüber dem durch ihr Vorgehen hervorgerufenen Sturm des Unwillens hintennach behauptet haben.

Das Aftenstück lautet wörtlich:
Programm resp. Instruktion betreffend

Ausübung der politischen Polizei.

1. Die kantonalen Polizeibehörden sammeln sorgfältig alle Thatfachen, welche auf ihrem Gebiete sich ereignen und unsere innere Sicherheit sowie unsere Beziehungen zum Auslande betreffen. Ueber alle diese Vorgänge sowie über deren Urheber erstatten sie von sich aus und ohne weitere Einholung Bericht an das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement.
2. Insbesondere richten sie ihre Aufmerksamkeit auf die öffentlichen und geheimen Versammlungen, sowie auf die Zeitungen und Publikationen, in welchen Fragen unserer sozialen Organisation und der politischen oder sozialen Organisation anderer Staaten behandelt und diskutiert werden. Ueber diese Versammlungen und Publikationen erstatten sie ebenfalls Bericht und treffen Vororge, daß die diesfälligen Publikationen regelmässig dem Departemente zufließen.
3. In Betreff derjenigen Personen, welche an solchen Versammlungen oder in der Redaktion oder Verbreitung derartiger Preferenceorgane aktiven Antheil nehmen, sammeln die kantonalen Polizeidirektionen sorgfältig alle Notizen, welche geeignet sind, über deren Namen, Herkunft, Beschäftigung, Subsidienmittel und Antecedenten Auskunft zu ertheilen, und überlegen diese Notizen regelmässig dem Departemente. In gleicher Weise verfahren

sie auch gegenüber Fremden, deren Erkennungsmittel unbekannt sind, oder deren Anwesenheit auch aus anderen Gründen unserem Lande Schwierigkeiten bereiten könnte.

4. So oft eine dieser Personen ihren Wohnort verläßt und in einen anderen Kanton zieht, ist von der bekannten Polizeibehörde dem Justiz- und Polizeidepartement sofort Kenntniss zu geben, und gleichzeitig der Polizeibehörde des anderen Kantons, in welchen diese Person sich begeben hat, davon Mittheilung zu machen.

Vorliegendes Programm wird der betreffenden Polizeimannschaft mitgetheilt, mit dem Auftrage, nach Anleitung desselben über ihre sachbezüglichen Beobachtungen und Wahrnehmungen jeweilen am Ende eines jeden Monats, in wichtigen Fällen jeweils sofort, an den Unterzeichneten zu Händen der Polizeidirektion, resp. des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, einlästlichen Rapport zu erstatten.

Aarau, 15. Juni 1888.

Der Chef des Polizeikorps.
Caspar.

Der internationale Gewerkschafts-Kongress in London.

Die Verhandlungstag des Besonderen-Stillwertes der Arbeiter in Kopenhagen. Zu Beginn der Verhandlung wird folgende Resolution angenommen:
„Die Arbeiterpartien in den verschiedenen Ländern werden aufgefordert, die Abschaffung aller Gesetze, nationaler wie internationaler, welche die freie Vereinigung der Arbeiter hindern, in ihr Programm aufzunehmen und dafür zu agitiren.“
Darauf schlägt A. R. H. (Gummel) folgende Organisation vor: Jede Gewerkschaft wählt ein Exekutivcomité. Aus dem Exekutivcomité soll ein nationaler Generalrat hervorgehen, in dem alle Gewerkschaften vertreten sind. Die Gewerkschaften eines Landes sollen jährlich internationale Beratungen abhalten, und ein allgemeiner internationaler Kongress soll alle Nationen und Gewerkschaften von drei zu drei Jahren vereinigen. — Dies war die Meinung nach der Wahlmänner für eine internationale Verbindung, an der auch politische Körpertheile teilnehmen konnten.

Frau Annie Besant (London) ist gegen eine solche Organisation, welche den continentalen Bedürfnissen nicht entspricht. Ein großer Theil der französischen und alle deutschen Vereine wären von der Verbindung ausgeschlossen. Sie dürfen — sagt sie, indem sie sich zu den Engländern wendet — nicht von ihren energiegelassen und veralteten jüngsten Ideen ausgehen, wenn sie wirklich eine internationale Organisation gründen wollen. (Sehrstarker Beifall, Widerspruch.) Die englischen Trade-Unionen haben von jeder Tagelöhner und unqualifizierte Arbeiter (unskilled labour) ignoriert oder verachtet. (Achtung, kein! bei den englischen Zeitungen.) Doch! Sie behandeln den Tagelöhner, wie die Bourgeoisie Ihre Väter behandelt hat. (Achtung, kein! und sehrstarker Beifall.)

Carling (Durban) berichtet, daß die Durbaner Arbeiter sehr gerne eine Verbindung mit den Bergarbeitern anderer Länder anknüpfen möchten, weil sie wissen, daß ihre Interessen identisch seien. Wie könne aber an eine internationale Vereinigung aller Berufsgenossen gedacht werden, wenn sie in einem Lande nicht in vollkommener Weise zu Stande gekommen ist? (Sehrstarker Beifall.)

Wels beantragt im Namen der französischen Delegirten: „Die Arbeiter aller Länder aufzulockern, sich in Gewerkschaften zu organisiren; die organisierten Gewerkschaften einzubinden (mit oder ohne Hilfe der Gemeinden) Arbeiterpartien zu gründen, welche zum Zweck der Statistik unter sich Verbindung herstellen sollen. Die organisierten Arbeiter sollen sich im Gegensatz zu allen anderen politischen Parteien, sowohl in politischer wie ökonomischer Hinsicht als Klasse konstituiren und die Erbringung politischer Macht in der Gemeinde, der Provinz und dem Staate anstreben. Die Arbeiterpartei der verschiedenen Länder sollen nationale Komitees bilden, welche in beständiger Zusammenhänge untereinander stehen und so eine Verbindung der Arbeiter der ganzen Welt in allen Fragen möglich machen, welche sie gemeinsam berühren. Ein internationaler Kongress soll jedes Jahr stattfinden, wozüglich in einem der beteiligten Länder.“

Arme Mädchen.

Erzählung aus dem Berliner Leben.

Von E. Fisher.

(Fortsetzung.)

Dosar's Bemühen, sich durch alle die vielen neu sich ausdrängenden Gedanken hindurchzuringen, ließ ihn das Vergangene bald genug vergessen und gewöhnte ihn daran, den Blick mutig vorwärts in eine bessere Zukunft zu richten. Tauchten wirklich dann und wann die alten Erinnerungen auf, so verdrängte er dieselben, indem er sich mit um so regerem Geiste in sein neues Studium fürzte und darüber zu anderen Gedanken kam. Sein Wunsch, ein Stübchen fernab vom Geräusch des Tages ausfindig zu machen, in dem er ungestört die freien Stunden seiner Fortbildung widmen konnte, war bald genug erfüllt. Besonderen Komfort beanspruchte er nicht und so genigte denn das kleine, abgelegene Stübchen, in dem er jetzt sein Heim angefangen hatte, vollkommen seinen Zwecken. Nur eines störte seine geträumte Ruhe, das war seine schöne Nachbarin, die „blonde Lotte“. Wenn er noch so eifrig beim Schreiben, Lesen oder Zeichnen war, er konnte es sich nicht verlagern, von Zeit zu Zeit einen Blick hinüberzuwerfen nach dem gegenüberliegenden Fenster, wo sie so eifrig an ihrer Maschine saß, war früh bis spät, mit einer bewundernswürthen Ausdauer.

Oft erinnerte ihn die blonde Schönheit da drüben an Olga. Aber ihr fehlten die kalten, grauen Augen, mit denen Olga ihn am letzten Tage angeblickt hatte. Diese klaren, blauen Augenferne spiegelten keinen so kalten Sinn in sich ab. Wie offen und frei traf ihr Blick den seinen, wenn sich ihre Augen begegneten und wie beschämt konnte sie dann plötzlich die Wimpern, um tieferrothend bald darauf auch das Köpfchen nieder auf ihre Arbeit zu beugen. Ohne daß er es merkte hatte sein Herz, dessen Flamme er bereits erloschen glaubte, wieder Feuer

gefangen. Sein erster Mißerfolg hatte in ihm eine gewisse Abneigung gegen das weibliche Geschlecht hervorgerufen, er war nahe daran, ein Weiberfeind zu werden; nun befand er sich mit einem Male auf dem Wege der Rekonvalescenz.

Um sein Denken und Denken nicht allzuviel um die blauen Augen seiner blonden Nachbarin kreisen zu lassen, hatte er sich am letzten Sonntag fortgegeben. Riefen ihn doch so verschiedene Verpflichtungen, daß es ihm oft nicht möglich war, immer für alle entsprechende Zeit zu finden. Und da mußte er das Unerklärliche, kaum Glaubliche wahrnehmen, daß auch sie durch irgend welche Bande mit ihm, mit Venno verknüpft war. Vergeltens suchte er sich vorzureden, daß ihm das ja gar nicht kümmern dürfe, daß er sich wieder unnothiger Weise in Aufregung fürzte. Das Ende vom Liede war stets, daß er es sich als seine Ehrenpflicht hinzustellen suchte, sie wenigstens vor ihm zu warnen.

v.

Lottchen hatte sich am Tage darauf auf den Weg gemacht und neue Arbeit beschafft. Sehnfüchtig erwartete sie die Einladung Venno's und malte sich schon im Geiste aus, welches Aussehen das Erscheinen der Equipage bei den Hausbewohnern erregen und wie man dann erst staunen würde, wenn die arme Lotte neben dem hübschen Herrn darin ihren Platz einnahm. Endlich, am folgenden Tage, wurde Lottchen's sehnfüchtige Erwartung erfüllt. Ein herrlich duftendes rosa Billet machte ihr die Mittheilung, daß Herr Venno Bethwell sich die Ehre geben würde, sie am Sonnabend zu einer Spazierfahrt mit seiner Equipage abzuholen. Lottchen war außer sich vor Erregung und konnte kaum die Stunde erwarten, wo sie diesen nie geahnten Triumph feiern würde. Vergessen war jetzt Alles, was bisher für sie ein besonderes Interesse gehabt hatte, vergessen alle Unangenehme und Widerwärtige, das ihr in den letzten Tagen widerfahren. Nun mußte sich ja bald Alles ändern und sie endlich nach

langen Entbehrungen ein angenehmes Leben führen können. Jetzt hatte sie auch keine Lust mehr zur Arbeit. — Doch was sollte sie anfangen, um die Langeweile zu vertreiben? die Stunden wurden ihr zu Tagen. — Da fiel ihr etwas ein. Ihr Sonntagsstaat zeigte noch mancherlei Mängel, und sie mußte doch einen guten Eindruck auf Venno machen. Schnell waren Hände, Nägeln, Schließen und was dergleichen notwendige Dinge mehr sind, zur Stelle und nun ging's an's Nähen, Anprobiren, Aendern; da war kein Hinwinkeln und Eckeln, das nicht nach brauchbaren Stoffen durchsucht wurde.

Als am Sonnabend die Equipage angerollt kam, steckten die Nachbarn neugierig die Köpfe zusammen. Es mußte doch irgendwo eine Hochzeit, Kindtaufe oder so etwas Aehnliches sein. Wie aber staunten sie, als der noble Herr mit der blonden Lotte am Arm aus dem Hause zurückkehrte, die Equipage bestieg und mit der armen Näherin davonjagte.

Es konnte doch nur ein Mädchen sein; etwa ein Stübchen aus Aichenbrödel. Die guten Leute schüttelten die Köpfe und dachten: man erlebt auch heut zu Tage noch Zeichen und Wunder. Und wer sich am meisten wunderte, das war die alte Frau Müller, Lottchen's Nachbarin.

„Wußt doch der Teufel in das Mädel gefahren sein!“ meinte sie, „geht da seit Monaten am Sonntag zum ersten Male aus dem Hause und ist seitdem wie aus dem Häuschen. Die Arbeit scheint sie nur noch zum Zeitvertreib in ihrem Stübchen liegen zu haben; sie weint, singt und lacht bunt durcheinander, dreht sich vor dem Spiegel wie ein Pfau, sitzt und lappt als stände sie nicht vor dem Prusttage! Und nun wird sie ja im feinsten Wagen aus dem Hause geholt, von feinen Herren aus dem Stübchen geleitet. Das begreife ich Anderer!“

Sie schüttelte verwundert den Kopf und kletterte langsam die vier Treppen zu ihrer Wohnung empor.

(Fortsetzung folgt.)

Auf dem nächsten Kongress sollen die Einzelheiten der Organisation festgelegt werden.
Für diesen Antrag stimmen 12 Engländer, 14 Franzosen, 10 Belgier, 9 Holländer, 2 Dänen und 1 Italiener. Dagegen 30 Engländer und 1 Franzose. Der Rest ist also mit 5 gegen 1 Nation über die 48 gegen 31 Stimmen angenommen.
Hierzu wird eine von Lagerri beantragte Resolution, welche sich gegen den Chauvinismus erklärt, von der Versammlung einstimmig angenommen.

Zu dem Punkte der Tagesordnung: Beschränkung der Produktion durch Verkürzung der Arbeitszeit, liegen eine ganze Reihe von Resolutionen vor, welche einen internationalen Normalarbeitsstag anstreben. Es entspannt sich eine lebhafteste Debatte, während welcher Herr Skipton, welcher sich nach der vorhergehenden Abstimmung offenbar sehr unbehaglich fühlte, die erlösende Entscheidung machte, daß es 5 Uhr geworden sei. Unter lebhaften Protesten der fremden Delegierten, die keinen Stillschreiten unter den Arm und macht sich eilig aus dem Saale. In großer Entrüstung und Aufregung über die Ungenauigkeit des fremden Delegierten unter dem Vorh. Christensen, dem nächsten und letzten Tag der Verhandlungen um 9 Uhr um 10 Uhr Morgens zu beginnen. (Schluß folgt.)

Gewerkschaftliches.

Braunschweig. Dem Bevollmächtigten der Fabrikanten des Deutschen Schneider-Berandes hier ist von der General-Vollversammlung durch den Regierungskassier Harms die mündliche Mitteilung gemacht, daß die angeordnete Fabrikanten des Deutschen Schneider-Berandes hier (St. Hannover) hinsichtlich ihres Unterstellungswesens in die Reihe der Gewerkschaften fallen und die ministerielle Genehmigung erfordere, auf Grund des B. Landesgesetzes von 1883, und ist bis zur Genehmigung jede weitere Tätigkeit für den Verband im ganzen Verbotshum bei Strafe bis zu 150 M. oder Haft untersagt. Der Bevollmächtigte hat dem Central-Verband in Hannover diese Mitteilung zugehen lassen, da derselbe den Verband laut § 25 nach Innen und Außen allen Staatsbehörden gegenüber vertritt. Auch ein Beginn der Sozialreform.

Wesling. In der allgem. Arbeiter-Versammlung von Wesling und Umgebung wurde mit circa 100 gegen 3 Stimmen beschlossen, den Streik fortzuführen. Da der bisherige Vertrauensmann Arbeit erhalten hat, so wurde Herr Köhler zur Führung der Geschäfte gewählt, welcher die Wahl annahm. — Demnach dauert der Streik fort.
— Der Verband der deutschen Steinzeiger hat einen Aufruf erlassen zur Zusammenkunft einer Statistik über die Arbeits- und Lohnverhältnisse für den Zeitraum vom 1. Oktober 1888 bis 30. September 1889, wozu die Mitwirkung aller Kollegen erhebt wird. Dieser Zeitraum ist gewählt, weil er eine volle Winter- u. Sommerperiode umfaßt. Die Statistik soll umfassen:
1. Die Zahl der tätigen Arbeiter in jedem Monat.
2. Die ersichtlichste Beschäftigung in jedem Monat.
3. Zahl der Arbeitslose im Jahre, mit Aufzeichnung der durch geschäftliche Lage oder Mitterung verursachten Ursachen.
4. Der Jahres- u. Durchschnittsverdienst von starken und schwachen Arbeitern.
Wege Mitarbeiter ist dringend zu wünschen und sind bestmögliche Formulare kostenlos zu beziehen vom Verbandsvorstand P. Köhn, Berlin N., Ziefstraße 25.

Aus Stadt und Land.

Wilhelmsb., 17. November. Unser „Tagel.“ schreibt: Noch immer herrscht in der Stadt große Freude über die glückliche Abfassung der Epigubahn, die von drei Frühnen die Betten, aus der Babianstraße die Bahranstraße, beim Kaufmann Müller Pergellan etc. und eine Menge Metalltheile aus der Steinort'schen Fabrik geliehen hatten. Herr Schuhmann Steinberst war es gelungen, diesen Gang auszuführen. Man sieht, daß unsere Polizei eine glückliche Hand hat. — Ohne die Verdienste unserer Polizei auch nur im Geringsten herabzumündigen, können wir nach genauen Informationen versichern, daß in diesem Falle die Polizei absolut nicht Schuld daran ist, daß die Epigubahn gefast wurden, sondern einzig und allein der Verführer des Herrn St., welcher schon vor längerer Zeit von den Arbeitern der Fabrik auf das Verschwinden verschiedener Metalltheile aufmerksam gemacht wurde und deshalb genau beobachtet, wie Lubre seiner Frau, welche ihn das Mittagessen in die Fabrik brachte, verschiedene Gegenstände in den Korb legte. Der sofort herbeigeholte Schuttmann verhaftete den L. und fand dann bei einer vorgenommenen Hausdurchsuchung noch diverse andere Gegenstände. Die „glückliche Hand“ der Polizei ist in diesem Falle also durchaus nicht im Spiele.

Wilhelmsb., 17. Nov. Am Freitag fand in Aurich vor dem Schwurgericht die Verhandlung gegen den ehemaligen Stadtschreiber Kunig von hier wegen Verbrechen im Amte statt. Bekanntlich wollte die Angelegenheit erst gar nicht recht in Fluß kommen und erst auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft, welche über die Vorgänge in der hiesigen Stadtverwaltung Mitteilung bekommen hatte, erfolgte die hebberliche Verfolgung des Kunig, der sich von hier entfernt hatte, ohne daß man ihn daran hinderte. Kunig bestreitet ganz entschieden, Veruntreuungen begangen zu haben. Er habe Gelder, deren ordnungsmäßige Abführung an die Kämmerei-Kasse ihm infolge der häufigen Abwesenheit des Bürgermeisters, dessen Anweisung dabei nötig gewesen sei, unmöglich gemacht wurde, in seinem Kulte aufbewahrt, aus dem sie abdam verschwinden seien. Er spricht in dieser Hinsicht einen Verdict aus, den er aber nicht zu begründen vermag. Im Uebrigen werfen die Verhandlungen vor dem Schwurgericht gerade kein günstiges Licht auf die hiesige Stadtverwaltung. Einzelne Fällungen amtlicher Schriftstücke, welche dem Angeklagten nachgewiesen wurden, belasten ihn nicht unbedeutend, doch sucht er dieselben in für ihn günstigen Sinne zu erklären. Das Schwurgericht nimmt auf Grund des Wahrspruches der Geschworenen die Schuld des Angeklagten für erwiesen an und verurteilt denselben zu 3 Jahren Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust und Abspruch zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes auf die Dauer von 3 Jahren. Der Angeklagte behauptete auch nach dem Urtheilsspruch seine Unschuld.

Wilhelmsb., 19. Nov. Wenn das Schmerzenskind der Stadt, der Fährdampfer „Edwarden“, immer mehr in Mißkredit gerät, so ist daran einzig und allein die ganz unqualifizierbare Art und Weise schuld, mit welcher man den veröffentlichten Fahrplan desselben ignoriert. Kürzlich wurde vom Magistrat bekannt gegeben, daß in Zukunft,

wenn der Dampfer am Fahren verhinbert sei, Ersatz durch ein Segelboot geschaffen werden würde. Ein Freund unseres Blattes theilt uns nun mit, daß er am letzten Sonnabend Vergleich in aller Eile von Stollham nach Edwardehörn gefahren sei. Als er dort angekommen wäre, sei ihm die Mitteilung geworden, daß der „Edwarden“ wegen Kesselreinigung die Fahrten eingestellt habe. Ein Segelboot war nicht vorhanden, eine Bekanntmachung auch nicht erfolgt. Wohl hatte der Magistrat veröffentlicht, daß bei anhaltendem Frost die Fahrten wegen des Eisganges auf der Jade am 17. d. M. eingestellt werden müßten. Niemand wird doch aber wohl behaupten wollen, daß am Sonnabend Frostwetter herrichte oder Eisgang auf der Jade eingetreten war. Alle diejenigen, die also im Vertrauen auf eine geregelte Fahrverbindung den Weg nach Edwardehörn gemacht hatten, mußten unter erheblichen Kosten wieder umkehren und über Nordenham den Weg nach Wilhelmsb. per Bahn zurücklegen. Daß bei solcher Bummellei die Frequenz auf dem Dampfer immer geringer wird, ist selbstverständlich.

Wilhelmsb., 16. November. Die Enthebung des Rathherrn P. vom Amte, gegen die derselbe remonstrirt haben soll, hat nach zuverlässigen Mittheilungen einen etwas stark humoristischen Untergrund, so daß man eigentlich nicht recht begreifen kann, wie die betreffenden Vorkommnisse, die keineswegs die direkte Amtstätigkeit des Herrn P. betreffen, zu einer derartigen Disziplinarmassregel haben führen können.

Uns fällt bei dieser Gelegenheit eine kleine Geschichte ein, die sich in Dingeba zugetragen hat. Einer der Stadtväter hatte auf einer Sommerreise nach der Schweiz in der Gegend eine Hotelrechnung zu begleichen vergessen. Der nachrückende Kellner verlangte nun außer der ordnungsmäßigen Begleichung der Rechnung unverschämter Weise für das Nachlaufen ein anfängliches Trinkgeld, welches ihn jedoch unter Hinweis auf seine unbedeutende Forderung verworjert wurde. Der gute Stadtvater war auch so zuvorkommend, dem auf seine Forderung bestehenden dienstbaren Geiß seine Karte zu geben, auf Grund deren es demselben möglich war, den trinkgeldfeindlichen Stadtvater auf unliebthame Weise zu mahnen. Der Bürgermeister von Dingeba, der auf diese Weise Kenntnis von dem Vorgange erhielt, glaubte einen solchen, nicht mit schneidiger Sekundelienants-Neblesse ausgerüsteten Stadtvater nicht länger an seiner Seite dulden zu dürfen und veranlaßte die Versegelung desselben in den „Ruhstand.“ — In Dingeba war aber auch ein — Exaltator, denn dort gab es eben so wie in anderen lokalen Städten widerspenstige Patentisten, die eine unüberwindbare Scheu gegen das Steuerzahnen hatten. Beflagter Exaltator hatte als stummer Corporal oder Zukunfts-Admiral das Vaterland vertheidigt und trug den Lohn dafür in Gestalt einer bescheidenen Pension davon. Der Bürgermeister von Dingeba, der für schneidige Corporale eine größere Vorliebe besaß, als wir für nicht-militärische, trinkgeldfeindliche Stadtväter, weil er selbst mit heldenhaften Stolz nur allgering an seine einjährige Sekundelienants-Lernzeit zurückdachte, sicherte dem getreuen Diener der Stadt ein anfängliches Gehalt, welches allerdings in Verbindung mit dem Heldelohn des ehemaligen Corporals die erlaubte Höhe überschritt. Unter Kameraden ist so etwas übrigens „lang eja!“. Nicht egal aber war es gewissen anderen Leuten und das Ende vom Liede war, daß der oberste Statthalt mit etwas schmerzlicher Herzen als er dem braven Exaltator den hohen Gehalt gezöunt, (was übrigens auch jeder, der den braven Exaltator kannte, gethan hat,) die Differenz aus der eigenen Tasche bezahlen mußte. Gönner und Selbstbezahler ist eben zweierlei. Natürlich war es auch nicht „schneidig“, sich erst so lange nöthigen zu lassen, die eigene Schuld auszusprechen. Aber als Bürgermeister von Dingeba darf man sich das schon erlauben. Zwar wurde es ihm schwer, endlich doch in die Tasche greifen zu müssen; aber er that's mit solcher Selbstüberwindung und nur in stiller Klause singt er leise einige Strophen aus dem humoristischen Stadtvater-Quartett:

„Es ist kein Spaß Vater zu sein
Von so vielen Rinde-Kindeln!“
Jedes will was! Jedes hat was!
Jedes will jetzt klüger sein,
Als das Stadtväterlein!

Barrel, 18. November. Die gestrige öffentliche Volksversammlung im Saale des Herrn Höpplmeier war gut besucht. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe mit dem Bemerkten, daß die Arbeiterpartei nicht die Taktik der gegnerischen Parteien befolge, welche gewöhnlich nur kurz vor den Wahlen mit den Wählern in Verbindung treten und dann allerlei Versprechungen machen, die sie nie erfüllen. Daraus sei ersichtlich, daß sie alsdann nicht sobald wieder erzhienen, um sich nicht wegen der gemachten Versprechungen zur Verantwortung ziehen lassen zu müssen. Errete man wirklich vor die Wähler hin, so beschränke man sich auf eine „Verdichterstattung“, ohne indeß denjenigen, welche mit dem Verhalten der betreffenden Partei nicht einverstanden seien, die Zeit zu bemühen, um ihre Meinung klarzulegen. Auf diese Weise entziehe man sich jeder Verantwortung. Demgegenüber mache es sich die Arbeiterpartei zur Pflicht, so oft als irgend möglich vor den Wählern zu erzhienen, um stets enge Fühlung mit dem Volke zu behalten und die Wünsche und Bedürfnisse desselben zu erfüllen. Jedem werde in Arbeiterversammlungen unbeschränkte Redefreiheit gewährt, mag er ein Freund oder ein Gegner der Arbeiterbestrebungen sein. Diese Taktik solle auch heute befolgt werden, er erjuche deshalb zunächst den Vortrag des Referenten ruhig anzuhören; darnach werde jedem das Wort gestattet sein. Herr Mollenhuth legt nun in einem längeren, äußerst belehrenden, und mehrfach vom lebhaftesten Beifall Entbehrten Vortrag unsere genannte wirtschaftliche Entwickelung dar, unterzieht besonders die gegenwärtigen Ver-

hältnisse einer eingehenden Kritik und weist schließlich überzeugend nach, daß nur tiefgreifende soziale Reformen hier eine Aenderung zum Besseren herbeiführen könnten. Die sogenannte Sozialreform des deutschen Reiches sei, wie im Laufe des Vortrages skizziert nachgewiesen, nicht geeignet, diese Aenderung herbeizuführen, nur wenn man die Forderungen der Arbeiterpartei beachte und erfülle, werde man zu einem befriedigenden Ziele gelangen. Ein sich dem Verfüßenden als Deutschfreisinniger vorkommender Kaufmann W. verursachte mehrfach eine Störung des Vortrages durch Zwischenrufe, wurde aber durch die energische Haltung der Versammlung ihm gegenüber veranlaßt, sich schließlich zu entfernen. Da zur Diskussion niemand das Wort ergriff, so schloß der Vorsitzende, nachdem eine Interpellation befriedigend beantwortet worden, nach einer Ermahnung an die Versammelten, künftig nur einen Kandidaten der Arbeiterpartei ihre Stimme zu geben, die Versammlung, aus deren Mitte ein „Roch“ auf die Sozialdemokratie ausgedrückt wird.

Jever, 20. November. Die gestrige Versammlung im Saale des Herrn Brumferrmann war nur schwach besucht. Jedoch die größere Anzahl der Anwesenden verfolgte mit ganz besonderem Interesse den Vortrag des Referenten Hrn. Mollenhuth und schien es deshalb, daß nur die rein neugierigen, sonst aber interesselosen Elemente fehlten, was kaum zu bedauern ist. Eine Diskussion fand nicht statt, da sich trotz mehrfacher Aufforderung niemand zum Worte meldete. Der Vorsitzende erjuchte zum Schluß den Bericht-erthatter der „Jewerl. Nachrichten“, welcher über eine vor längerer Zeit in Jever abgehaltene Versammlung einen vollkommen entstellten Bericht gebracht hatte, der das mangelhafte Auffassungsvermögen und die geistige Impotenz des Reporters genügend kennzeichnete, lieber aus einem Bericht gänzlich zu verzichten. Die Virtuosität des Blätters in der Fabrikation oder dem Esamotiren von Original-Versammlungsberichten etc. sei ja hinlänglich bekannt und habe kürzlich die glänzenden Triumphe gefeiert. Nicht mit Rücksicht auf die heutige Versammlung, sondern im eigenen Interesse des Blätters erjuchte er deshalb den Reporter, seinen Bericht, wenn er nicht besser ausgefallen als die früheren, lieber in den Papierkorb zu werfen. N.

Oldenburg, 19. Nov. In der Nähe von Diepholz ist einer der drei aus der Strafanstalt in Rechts ausgebrochenen Einbrecher ergriffen und nach Rechts juridtransportirt worden. Es ist dasjenige, welcher eine Wunde am Knie hatte und daher von seinen Complicen zurückgelassen wurde. Sein Name ist Kallenbach.

Oldenburg, 19. Nov. Die „Oldenb. Anz.“ vom 13. d. M. enthielten ein Inserat in fetter Schrift: „Gesucht werden noch einige Falzer und Tafelarbeiter.“ Auskunft ertheilt J. C. W. Berger u. Sohn, Altona.“ Auch in mehreren der folgenden Nummern prangte das Inserat und fand ich mich deshalb veranlaßt, als Bevollmächtigter der hiesigen Filiale des „Centralvereins deutscher Gerber und Lederjurichter mit meinen Kollegen Rücksprache zu nehmen und mit deren Zustimmung eine Gegenannonce zu veröffentlichen. Ich begab mich nach der Annoncen-Expedition von Böttner und Winter und erjuchte um Beförderung des folgenden Inserats an die Expedition der „Oldenb. Anz.“ behufs Aufnahme in den letzteren:

Zur Beachtung.
„Wir bitten die Kollegen, nicht nach Altona zu gehen, da die dortigen Verhältnisse noch nicht geordnet sind.“ Der Centralverein deutscher Gerber. Als ich das Inserat in der nächstfolgenden Nummer der „Oldenb. Anz.“ nicht vorfand, fragte ich sofort in der genannten Annoncen-Expedition an und wurde mir dabeist der Bescheid, daß die Redaktion und Expedition der „Oldenb. Anz.“ die Aufnahme des Inserats verweigert habe. Nach einer längeren Rücksprache mit dem Redakteur der freisinnigen „Neuen Zeitung“ gelang es endlich, die Aufnahme des Inserats in diesem Blatte zu bewirken, allerdings erst, nachdem ich die Erklärung abgegeben, daß ich die volle Verantwortung für den Inhalt übernehme. Daß ich das ohne jedes Bestehen thun konnte, dürfte wohl jedem vernünftigen Menschen einleuchten und erjcheint diese Bedingung schon mehr als überflüssig, da in dem Inserat auch nicht das Geringste enthalten ist, was etwa Ungelegenheiten nach sich ziehen könnte, man müßte denn schon von dem Grundfay ausgehen, daß die Arbeiter überhaupt nur den Mund zu halten hätten und lediglich den Herrn Fabrikanten das Wort zu gestatten sei. Das Gesuch der genannten Firma soll nur dazu dienen, Arbeitskräfte nach Altona zu ziehen, um den Streik der dortigen Gerber und Lederjurichter zu brechen, deren gerechtfertigte Forderungen allerorts anerkannt werden. Wenn nun eine Zeitung dieses Bestreben dadurch unterstützt, daß sie den Arbeitern das Recht verweigert, welches sie den Arbeitgebern ohne weiteres einräumt, so muß das für die Arbeiter eine Mahnung sein, nur solche Blätter zu lesen und durch ihr Abonnement zu unterstützen, die den Arbeitern, als den schwächsten im Kampfe mit dem Kapital, ihre Unterstützung leihen. Sie liefern andernfalls dem Feinde nur die Kriegskosten, welcher er zu ihrer eigenen Unterdrückung bedarf. R.

Durhad, 17. November. Die hiesige Versammlung, in welcher Herr Mollenhuth sprach, nahm einen befriedigenden Verlauf. Auch die äußerst zahlreich besuchte Versammlung in Stollham hat durch die ruhigen und sachlichen Ausführungen des Referenten einen äußerst günstigen und nachhaltigen Eindruck hinterlassen.

Bremen, 20. November. Heute Abend findet in der „Centralhalle“ eine große öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Hr. Mollenhuth aus Kellinghusen sprechen wird.

Briefkasten.

R. Oldenburg. Mittheilungen aus dem Arbeiterleben, sowie über sonstige Vorkommnisse von Interesse sind uns stets willkommen. Besen Gruß.

Ausberdingung.

Es sollen im Schulhause zu Neubremen verschiedene bauliche Veränderungen an einen in der Schulschicht wohnenden Unternehmer in Submission vergeben werden und ist Termin zur Offertenabgabe auf **den 22. d. M., Abends 6 Uhr,** in Sierski's Wirthschaft angelegt. Bedingungen und Voranschlag liegen zu dieser Zeit im Schulhause aus.
S. A.: Katann.

Filzschuhe und Pantoffeln
für Herren, Damen und Kinder empfehle zu den billigsten Preisen.
H. Theilengerdes,
Elsah, Marktstraße.

Bettfedern, Daunen, Inletts, Bezugstoffe, Bettuchkleinen, Bettuchhalbleinen.
Alles in frischer Waare.
Preise niedrig und fest.
Anton Brust,
Belfort.

J. Müller, Klempner,
Belfort, Weststraße 12,
empfang eine große Sendung lackirte **Holz- und Torf-Rohlen-Kästen**
und empfiehlt selbige billig.

Herren-Zanella-Vorhemde
empfehl
B. H. Bührmann,
Confektions-Geschäft,
Wilhelmshaven.

St. Johanni-Brauerei zu Wilhelmshaven.
Dunkles Export-Bier
in Gebinden von 10 Liter an per Liter 26 Pf., in 1/2 Liter-Flaschen 26 Stück 3 Mk., **Feinkes helles Lagerbier**
in Gebinden von 10 Liter an per Liter 20 Pfennig, in 1/2 Liter-Flaschen 33 Stück 3 Mk.
Aufträge für uns nimmt auch Herr Joh. Arndt in Bant entgegen und werden dieselben prompt ausgeführt.

Oldenburg.
Bestellungen auf das „Norddeutsche Volksblatt“ sowie auf sonstige Schriften für die Arbeiter und deren Interessen nimmt jederzeit entgegen
R. Siebel, Bergstraße 11, Oldenburg.

Magdeburger Sauerkohl
empfehl
H. Vater.

Oeffentl. Volksversammlung

am **Mittwoch, den 21. November,**
Abends 7 1/2 Uhr,
in Saale d. **Hrn. Heinemann, Labenburg,**
Eversten-Oldenburg.
Tages-Ordnung: 1. Die sozialen Reformen im Deutschen Reiche. 2. Diskussion.
Referent: Herr Herm. Molkenbuhr aus Kellinghusen.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein
Der Einberufer.

Die **Buchdruckerei von F. Kühn**
Bant-Wilhelmshaven, Adolfstrasse
empfehl sich zur **Anfertigung von Druckarbeiten jeder Art**
als:
Rechnungen, Adresskarten, Preis-Courants, Statuten, Formulare, Einladungskarten, Programme, Festzeitungen, Tabellen, Cirkulare, Couverts, Placate, Etiquettes, Briefbogen, u. s. w.
Gute und geschmackvolle Ausführung bei angemessenen Preisen.

Filz-Schuhe
und **Pantoffeln**
in größter Auswahl, besten Waaren, billigsten Preisen
empfehl
J. G. Gehrels.

Empfehle
hochfeine Weine, ff. Liqueure
sowie sämtliche Spirituosen
in nur guter reiner Waare aus den renommitesten Geschäften.
Paul Hug (Zur Arche), Bant.

Wir empfehlen unser sehr feines
helles Lager-Bier
in Flaschen 33 Stück für 5 Mark, in Fässern von 10-100 Liter 21 Mark frei in's Haus,
24 Flaschen Kaiserbräu 3 Mk., per Liter 25 Pf.
Brauerei Frisia, Filiale Wilhelmshaven.

Herren-Stiefeletten
großartige Auswahl, mit Kork- und Doppelsohlen, mit und ohne Kappe, genäht und genagelt, zu allen Preisen empfehl
Joh. Holthaus,
Bismarckstraße 59.

Eine Parthie wollene Strickgarne
in sortirten Farben
gebe sehr preiswürdig ab.
B. H. Bührmann,
Confektions-Geschäft,
Wilhelmshaven.

Knaben-Stulpenstiefel,
sehr billig
H. Theilengerdes,
Elsah, Marktstraße.

Damenstiefel
in großer Auswahl und sehr billig
empfehl
H. Theilengerdes,
Elsah, Marktstraße.

Feine Stepp-, Filz- und Velour-Röcke
für Damen
in schöner Auswahl eingetroffen.
B. H. Bührmann,
Confektions-Geschäft,
Wilhelmshaven.

Empfehle:
33 Maß- 33 und Flaschen-Bier
aus der Dampfbrauerei von Th. Zettföter in Bever, in Gebinden von 15 bis 100 Litern.
Feines Lagerbier 33 Fl. 3 Mk.,
Bairisches Gebräu 27 Fl. 3 Mk.,
Feines böhmisches Gebräu 30 Fl. 3 Mk.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
J. Fangmann, Bismarckstr. 59, 1 Treppe.

Fertige Mädchen- und Frauen-Hemde, fertige Damen-Nachtjaden
empfehl
B. H. Bührmann,
Confektions-Geschäft,
Wilhelmshaven.

Neubremen.
Mittwoch, den 21. November 1888,
Nachmittags 2 1/2 Uhr,
findet im Saale des Herrn Vater eine **Versammlung**
betreffs **Besprechung über die Gründung eines Consum-Vereins** statt, wozu alle Interessenten eingeladen werden.
Die Einberufer.